

Tagesordnung (öffentlicher Teil):

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- TOP 2** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.05.2025
- TOP 3** Feuerwehr
- TOP 3.1** 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben der Feuerwehr Norderney
Vorlage: 01/SV/434/2025
- TOP 3.2** 3. Änderung des Kosten- und Gebührentarifs zu § 4 Absatz 1 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben der Feuerwehr Norderney
Vorlage: 01/in/319/2025
- TOP 4** Verkehr
- TOP 4.1** Sachstandsbericht und Beschlussfassung über Maßnahmen aus dem Verkehrs- und Mobilitätskonzept
- TOP 4.1.1** Überprüfung der Gründe für Ausnahmegenehmigungen für den Kfz.-Verkehr
Vorlage: 01/SV/465/2025
- TOP 4.1.2** Verkehrsregelungen in Fußgängerzonen
Vorlage: 01/SV/466/2025
- TOP 4.1.3** Kontrolle des Fahrverbotes mit Hilfe von technischen Möglichkeiten
- TOP 4.1.4** Umgestaltung der Preisstruktur für den ruhenden Kfz.-Verkehr
Vorlage: 01/SV/467/2025
- TOP 4.1.5** Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung
Vorlage: 01/SV/468/2025
- TOP 4.1.6** Maßnahmen zur Attraktivierung des ÖPNV
- TOP 4.1.7** Einrichtung eines Fußgängerüberweges
Vorlage: 01/SV/469/2025

- TOP 4.1.8** Gestaltung der Einfahrtbereiche in die vom Verkehrsverbot betroffenen Stadtgebiete
- TOP 4.1.9** Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Verkehrsraum Grundschule
Vorlage: 01/SV/470/2025
- TOP 4.2** Zuckerpad
Vorlage: 01/SV/471/2025
- TOP 5** Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 6** Anfragen und Anregungen
- TOP 7** Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Protokoll (öffentlicher Teil)

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Vorsitzender Harms eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen. Er bittet um geordnete Wortmeldungen und kündigt eine straffe Sitzungsleitung an.

zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.05.2025

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.05.2025 wird bei zwei Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	2

zu TOP 3 Feuerwehr

zu TOP 3.1 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben der Feuerwehr Nordemey Vorlage: 01/SV/434/2025

StAR Vißer trägt vor, Änderungen im Niedersächsischen Brandschutzrecht ermöglichen die Gebührenerhebung bei Fehlalarmen von Brandmeldeanlagen (BMA) auch dann, wenn die Anlage nicht direkt auf die Leitstelle aufgeschaltet ist, sondern über einen privaten Sicherheits-

dienst weiterleitet. Zudem werde bei Großlagen klargestellt, dass nachlaufende Leistungen (z. B. Reinigungen, Ersatz beschädigter Einsatzkleidung) gegenüber Gewerbe-/Industriebetrieben abrechenbar seien, soweit sie über die unentgeltliche Pflichtaufgabe hinausgehen; dies sei satzungsrechtlich zu verankern.

In der Aussprache gibt RM Jann Ennen zu bedenken, es gebe unterschiedliche Formen von BMA (direkt aufgeschaltet; über Sicherheitsdienste; interne Anlagen ohne Aufschaltung), und fragt, welche Fälle künftig erfasst würden. StAR Vißer führt aus, erfasst seien die Fälle der direkten oder über Sicherheitsdienste weitergeleiteten Alarme ohne Brandereignis; rein interne Anlagen ohne Aufschaltung blieben außen vor.

RM Stefan Wehlage betont, Falschanrufe seien haftungsrechtlich gesondert zu betrachten; grundsätzlich sei es richtig, dass Bürger bei Verdachtslagen die 112 wählen.

Der Ausschuss stimmt der 2. Änderung der Satzung in vorliegender Fassung bei einer Enthaltung zu.

Der 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben der Feuerwehr Norderney vom 11.12.2013 in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	1

zu TOP 3.2 3. Änderung des Kosten- und Gebührentarifs zu § 4 Absatz 1 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben der Feuerwehr Norderney Vorlage: 01/in/319/2025

Die Verwaltung erläutert, der Tarif werde angepasst, um das neue Kleinalarmfahrzeug (E-Fahrzeug mit Kobra-Löschgerät) aufzunehmen (neue Tarifnummer 2.8: 390 € je angefangene halbe Stunde). Die Personalkosten (Tarif 1.1) würden von 55 € auf 50 € gesenkt; die Brand-sicherheitswache korrespondiere prozentual. Weitere Tarifnummern blieben unverändert; mögliche Anpassungen anderer Positionen sollen turnusgemäß 2027 beraten werden.

In der Debatte erkundigt sich BM Frank Ulrichs nach den kalkulatorischen Kosten für die Ersatzdrehleiter; StA Hillrich Holtkamp führt aus, die Fahrzeuge seien gruppiert kalkuliert, Abschreibungsdaten der neuen Drehleiter würden zum Jahresende nachfließen. StAR Vißer ergänzt, die Vollkalkulation ergebe bei einzelnen Tarifnummern perspektivisch Anpassungsbedarf; vorliegend beschränke man sich auf die Einführung des Fahrzeugs und die Senkung der Personalkosten.

RM Axel Stange bittet um Nachvollziehbarkeit der 390 €; die Verwaltung verweist auf die hinterlegte Kalkulation. RM Jann Ennen moniert hohe Bescheidsummen bei BMA-Einsätzen und plädiert für zeitnahe Abrechnung; StAR Vißer verweist auf die Festsetzungsfrist nach NKAG (mindestens 4 Jahre) und berichtet von ca. >300 abgerechneten Fällen in den letzten vier Jahren (Volumen >260.000 €); man arbeite Rückstände auf.

Beschluss (Empfehlung an den Rat): Der Ausschuss empfiehlt die 3. Änderung des Kosten- und Gebührentarifs gemäß Verwaltungsvorschlag; einstimmig.

Den genannten Änderungsvorschlägen für den Kosten- und Gebührentarif zu § 4 Absatz 1 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben der Feuerwehr Norderney wird zugestimmt. Ein entsprechender Änderungsentwurf des Kosten- und Gebührentarifs kann dem Rat der Stadt Norderney zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu TOP 4 Verkehr

zu TOP 4.1 Sachstandsbericht und Beschlussfassung über Maßnahmen aus dem Verkehrs- und Mobilitätskonzept

**zu TOP 4.1.1 Überprüfung der Gründe für Ausnahmegenehmigungen für den Kfz.-Verkehr
Vorlage: 01/SV/465/2025**

StAR Vißer führt aus, dass das Saisonverkehrsverbot seit 75 Jahren bestehe und nächstes Jahr Jubiläum feiere. Er weist darauf hin, dass die Ausnahmegenehmigungen regelmäßig überprüft werden sollen. Nach § 45 StVO werde das Verbot jährlich beantragt, nach § 46 seien Genehmigungen möglich. Über die Jahre hätten sich 13 Fallgruppen gebildet. Vißer erläutert, dass die größten Gruppen im Jahr 2024 die Schwerbehinderten (260 Genehmigungen), der Anliegerverkehr (250) und das Handwerk (220), Bauhauptgewerbe (235) seien. Er stellt die Frage, ob diese Gruppen künftig eingeschränkt werden sollen, etwa durch strengere Kriterien wie auf Borkum. Er merkt an, dass die Gesamtzahl der Genehmigungen seit 2018 um etwa 400–500 zurückgegangen sei.

RM Budde meint, dass die rückläufige Entwicklung positiv sei und man zunächst beobachten solle, bevor weitere Einschränkungen beschlossen werden. RM Ennen fragt nach Elektrokleinstfahrzeugen, worauf StAR Vißer erklärt, dass es sich um Scooter und Segways handle. Ennen regt an, über deren Zulassung zu diskutieren. StAR Vißer ergänzt, dass eine Anpassung der Rechtslage bevorstehe, die den Umgang mit diesen Fahrzeugen verändern könnte.

RM Wehlage erinnert daran, dass die Verkehrsproblematik Anlass für die Erstellung eines Gutachtens gewesen sei. Er bezweifelt, dass sich die Situation spürbar verbessert habe und warnt vor einer zu starken Fokussierung auf einzelne Gruppen. Er kritisiert die Sonderstellung von Zweitwohnungsbesitzern und beantragt, deren Ausnahmegenehmigungen künftig zu streichen. RM Hahnen hält dagegen, dass Zweitwohnungsbesitzer ein Recht auf Zufahrt hätten, weist aber auf Kontrollprobleme hin. StAR Vißer erläutert, dass seit 2018 Gäste keine Genehmigungen mehr erhielten, Nebenwohnsinhaber jedoch weiterhin eingeschränkt fahren dürften. RM Wehlage fordert eine Neubewertung dieser Gruppe.

RM Köhn fragt nach der Anzahl der Zweitwohnungsbesitzer und bezweifelt deren Relevanz. RM Wehlage hält dennoch eine Einschränkung für sinnvoll. Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen: Eine Stimme dafür, eine Enthaltung, der Rest dagegen.

RM Wehlage stellt einen weiteren Antrag: Fahrzeuge, die für Ausnahmezzeiten vor 08:00 Uhr und nach 20:00 Uhr zugelassen werden, sollen künftig nur dann eine Genehmigung erhalten, wenn sie elektrisch betrieben sind. RM Ennen und RM Köhn diskutieren die Uhrzeiten. RM Jann Ennen warnt vor praktischen Problemen bei der Versorgungssicherheit. Er verweist auf betriebliche Notwendigkeiten (Bäcker, Schlachter, Entsorger) und fehlende E-Alternativen in einzelnen Segmenten (z. B. Müllfahrzeuge). RM Budde spricht sich gegen weitere Einschränkungen aus. Die Abstimmung ergibt: eine Stimme dafür, eine Enthaltung, der Rest dagegen.

zu TOP Verkehrsregelungen in Fußgängerzonen
4.1.2 Vorlage: 01/SV/466/2025

StAR Vißer stellt die heterogenen Regelungen u. a. in Poststraße, Strandstraße, Bülowallee/Wilhelmstraße, Friedrichstraße/Jann-Berghaus-Straße dar und verweist auf mangelnde Beachtung.

RM Hahnen fordert einfache, einheitliche Zeitfenster; RM Ennen betont die Notwendigkeit realistischer Lieferzeiten und weist auf Kontrolldefizite hin; RM Wehlage plädiert für realitätsnahe Regelungen (z. B. differenzierte Betrachtung von Abschnitten wie „KIK–Edeka“).

Als Option wird die Umstufung der Bülowallee zum verkehrsberuhigten Bereich genannt. Ein Beschluss erfolgt nicht; weitere Beratung im Arbeitskreis.

zu TOP Kontrolle des Fahrverbotes mit Hilfe von technischen Möglichkeiten
4.1.3

StAR Vißer berichtet, eine automatisierte Kennzeichenerfassung sei datenschutzrechtlich kritisch. Alternativ werde das Göttinger Transponder-/,„Innenstadtblitzer“-Modell beobachtet (Transponderprüfung, anschließende Ahndung ohne Genehmigung; Hotelanfahrten würden nachträglich ausgenommen).

Man beabsichtige, beim MI eine Genehmigung/Musterlösung zu erfragen. Die Einführung von Hilfspolizeibeamten sei in Niedersachsen auf Schwertransporte beschränkt und derzeit unrealistisch. Der Prüfauftrag besteht weiterhin und es wird kein Beschluss gefasst.

zu TOP Umgestaltung der Preisstruktur für den ruhenden Kfz.-Verkehr
4.1.4 Vorlage: 01/SV/467/2025

StAR Vißer fragt nach weiterer Anpassung der Parkgebühren.

RM Wehlage beantragt 7,00 € (Parkplatz B) und 4,00 € (Parkplatz C); BM Ulrichs verweist auf die paritätische Trägerschaft der Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft und plädiert für moderate Schritte. Der Antrag wird abgelehnt.

RM Ennen schlägt 6,50 € (Parkplatz B) und 3,50 € (Parkplatz C) vor; der Ausschuss unterstützt dies mehrheitlich (1 Gegenstimme, zwei Enthaltungen) – vorbehaltlich Beschluss der Gesellschaft. Flankierend sollen städtische Automatenpreise angeglichen und die Nutzerstruktur (Langzeitplätze, Nebenwohnungen) überprüft werden; residentenfreundliche Optionen für Parkplatz C werden angeregt.

Beschluss (Empfehlung): Erhöhung Parkplatz B: 6,50 €/Tag; Parkplatz C: 3,50 €/Tag (vorbehaltlich GV-Beschluss); Prüfung flankierender Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	1
Enthaltung:	2

zu TOP 4.1.5 Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung Vorlage: 01/SV/468/2025

StAR Vißer skizziert den Planervorschlag für ein großräumiges Einbahnstraßensystem (u. a. Schleife Brunnenstraße/Damenpfad – Knyphausen-/Winterstraße – Garten-/Friedrich-/Luisenstraße; unechte Einbahnstraßen Jann-Berghaus-, Lange- und Osterstraße).

StAR Vißer schätzt, dass mindestens 60 zusätzliche Verkehrszeichen erforderlich seien; BM Ulrichs betont, Kosten dürften kein Primärargument sein, maßgeblich sei die verkehrliche Wirkung.

RM Wehlage spricht sich für einen zweijährigen Verkehrsversuch aus, um Gewöhnungseffekte abzubilden; RM Budde und RM Hahnen warnen vor längeren Wegen und Einschränkungen für Lieferverkehr, Taxis und ÖPNV; der Arbeitskreis habe sich mehrheitlich gegen die sofortige Gesamtumsetzung ausgesprochen.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, für den östlichen Teilbereich (Feldhausen-/Luciusstraße u. a.) ein Pilotkonzept zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss: Verwaltungsauftrag zur Ausarbeitung eines zweijährigen Pilotversuchs (Teilbereich Ost).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	2
Enthaltung:	1

zu TOP 4.1.6 Maßnahmen zur Attraktivierung des ÖPNV

Die Verwaltung berichtet zu Haltestellenausstattung (Wetterschutz), barrierefreiem Ausbau (u. a. Busbahnhof, Feldhausenstraße/Weststrandstraße) und Linienführung (Beschilderungskorrekturen Friedrichstraße/Heinrichstraße).

RM Wehlage weist auf Angebotslücken hin (abends: Linien 2/3 vom letzten Schiff; am Wochenende: morgendliche Bedienung) und regt gemeinwirtschaftliche Ergänzungen (z. B. Anruf-Sammeltaxi) an.

In der Grundsatzdebatte wird das Verhältnis eigenwirtschaftlicher Betrieb vs. kommunaler Mitfinanzierung diskutiert; RM Köhn betont, Attraktivierung verursache Kosten.

Der Aufgabenträger Landkreis Aurich sei einzubeziehen. Ergebnis: weitere Beratung in gesonderter Sitzung, es wird kein Beschluss gefasst.

zu TOP 4.1.7 Einrichtung eines Fußgängerüberweges
Vorlage: 01/SV/469/2025

StAR Vißer teilt mit, der Landkreis habe einen Zebrastreifen am Gorch-Fock-Weg (Zufahrt Fähranleger) angeordnet; Kostenansatz ca. 12.000 €. RM Wehlage äußert Bedenken bzgl. Beleuchtung und Ökologie.

Beschluss: Die Anlegung des Fußgängerüberweges wird beschlossen (1 Enthaltung).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	1

zu TOP 4.1.8 Gestaltung der Einfahrtbereiche in die vom Verkehrsverbot betroffenen Stadtgebiete

Die Verwaltung skizziert Maßnahmenpakete (Markierung, beidseitige Beschilderung, Aufpflasterungen/Verschwenkungen) u. a. für Feldhausenstraße, Mühlenstraße, Jann-Berghaus-Straße. Komplexe Knoten (Hafen/Feldhausenstraße) erfordern zusätzliche Planung. Es wird kein Beschluss gefasst.

zu TOP 4.1.9 Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Verkehrsraum Grundschule
Vorlage: 01/SV/470/2025

Die Fraktion regt an, den Verkehrsraum an der Grundschule in seiner Gesamtheit neu zu planen (Fußwegführung, Parkstände, Haltestelle, Sicherheit). Der Ausschuss stimmt dem Planungsauftrag einstimmig zu (Umsetzungsperspektive ab Herbst 2026).

Beschluss: Planungsauftrag zur Neuordnung des Verkehrsraums Grundschule (einstimmig).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu TOP 4.2 Zuckerpad
Vorlage: 01/SV/471/2025

StAR Vißer berichtet zum einjährigen Verkehrsversuch: Laut Polizei habe es keine Unfälle gegeben; es seien 22 schriftliche Rückmeldungen eingegangen (davon 16 kritisch, v. a. Geschwindigkeit/Verhalten Radfahrender). Durch Freilegen von Rasengittersteinen sei der Querschnitt verbreitert worden; punktuelle Vegetationsschäden durch „Neben-der-Spur-Fahren“ würden künftig mittels Totholzzäunen statt Metallzäunen verhindert.

Der Vorsitzende Harms hebt hervor, angesichts gemessener Radfrequenzen (in Spitzenlagen >1.600/Tag) seien 16 Beschwerden mehr oder minder zu vernachlässigen; insgesamt werde der Versuch positiv bewertet. Verwaltung und Ausschuss sprechen sich für eine Verstetigung aus; ein formeller Beschluss ist nicht erforderlich, ein positives Statement an den Landkreis folgt.

zu TOP 5 Mitteilungen der Verwaltung

Sachstände wurden in den jeweiligen Tagesordnungspunkten berichtet; darüber hinausgehende Mitteilungen erfolgen nicht.

zu TOP 6 Anfragen und Anregungen

Aus dem Ausschuss wird angeregt, die Sitzungsfrequenz zu erhöhen; der Vorsitzende Harms verweist auf die Vorarbeit in Arbeitskreisen.

zu TOP 7 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Herr Wilko Luttmann richtet mehrere Anregungen an Ausschuss und Verwaltung:

1. Testweise Bewirtschaftung des Hafenterritoriums mit Parkuhr – Nachfrage zur Wirtschaftlichkeit; die Verwaltung will Zahlen nach Jahresende auswerten und nach zwei Jahren über Fortführung entscheiden.
2. Dixi-Klo an der Bushaltestelle an der Badehaus-/Konversationshaus-Baustelle – Bitte um Versetzung auf die Baustelle; Verwaltung prüft.
3. Wartehäuschen Kaiserstraße (Europäischer Hof) – Hinweis auf desolaten Zustand; Verwaltung verfolgt einen bereits avisierten Instandsetzungsauftrag nach.
4. Bänke am Schwanenteich – Anregung zur Wintereinlagerung und Aufarbeitung; Abstimmung mit Kurverwaltung vorgesehen.
5. Straßennamensschilder – Bitte um Lückenprüfung durch den Außendienst.
6. Austausch unbequemer Bänke in der Poststraße („Seehunde“) – Aufnahme komfortablerer Modelle in künftige Investitionsplanung.

Ergebnis: Anregungen werden aufgenommen; Umsetzung/Prüfung durch Verwaltung.

Rolf Harms
Vorsitzender

Frank Ulrichs
Bürgermeister

Hillrich Holtkamp
Protokollführer